



An die Vertreterinnen und Vertreter der Medien

Zürich, 9. Dezember 2021

Medienmitteilung

Kommissionsmehrheit beantragt eine Verschärfung des Klimaschutzziels Netto-Null 2040

Die Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) des Gemeinderats Zürich hat die Beratungen zur Weisung GR Nr. 2021/177 zum Klimaschutzziel Netto-Null 2040 abgeschlossen. Eine Mehrheit der Kommission beantragt eine Verschärfung des Klimaschutzziels und möchte einen dazugehörigen Absenkpfad festlegen.

Als Antwort auf verschiedene Vorstösse aus dem Gemeinderat hat der Stadtrat dem Gemeinderat im Frühling 2021 die Weisung GR Nr. 2021/177 «Klimaschutzziel Netto-Null 2040» vorgelegt. Die SK GUD hat diese Weisung kontrovers beraten und verschiedene Varianten einer möglichen Verschärfung des Klimaschutzziels diskutiert.

Für die Klima-Allianz im Gemeinderat, die in der Kommission durch SP, Grüne, GLP und AL vertreten wird, ist klar, dass das Klimaziel der Stadt Zürich so ambitioniert wie nur möglich sein muss. Zürich steht in der Verantwortung und hat das Potenzial, seine Emissionen rasch und massgeblich zu reduzieren. Daher beantragt die Klima-Allianz als Kommissionsmehrheit, dass die Massnahmen, die im Einflussbereich der Stadt liegen, bereits bis 2035 umgesetzt werden, wie etwa die Neugestaltung des Verkehrs, der Heizungsersatz und ein massives Solarprogramm. Dieser Antrag wird auch von der FDP-Fraktion unterstützt.

Neu beantragt wird zudem ein «mindestens linearer» Absenkpfad und eine diesbezügliche Berichterstattung. Denn beim Klimaschutz sind das Tempo und eine konsequente Umsetzung zentral. Diesem Antrag schliesst sich die FDP-Fraktion nicht an.



2/3

Damit ist die Mehrheit der Kommission der Meinung, dass das Klimaschutzziel Netto-Null 2040 in wesentlichen Punkten substantiell, aber realistisch verschärft wird.

Die FDP-Fraktion ist zudem ihrerseits erleichtert, dass die Forderung nach einem Netto-Null Ziel bis 2030 von keiner Fraktion aufrechterhalten wird und unterstützt das vom Stadtrat vorgelegte Konzept. Realitätsfremde und einengende planwirtschaftliche Vorgaben, die die Kommissionsmehrheit in Bezug auf den Weg zum Ziel machen will, lehnt die FDP-Fraktion ab.

Die SVP-Fraktion lehnt die Weisung GR Nr. 2021/177 ab, weil diese in der Stadt Zürich während den nächsten 20 Jahren Gesamtkosten von rund 12 Milliarden Franken verursachen wird. Die Stadt ist lediglich für knapp 0,1 Promille des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich. Im Budget 2022 und in den Folgejahren weist der Stadtrat tiefrote Zahlen aus, so dass in wenigen Jahren das ganze Eigenkapital aufgebraucht sein wird und Steuererhöhungen sehr rasch Realität werden.

Hinweis an die Redaktionen:

Der Kommissionsantrag wird am Donnerstag, 9. Dezember 2021, mit der Ratspost verschickt und auf der Internetseite des Gemeinderats veröffentlicht.

Die Beratung im Gemeinderat findet voraussichtlich am Mittwoch 15. Dezember statt (vorbehältlich einem Abschluss der Budgetdebatte bis spätestens am 11. Dezember).

Für weitere Auskünfte stehen Ihnen zur Verfügung:

Dr. David Garcia Nuñez (AL), Präsident SK GUD, Tel. 078 611 33 94

Marion Schmid (SP) Vizepräsidentin SK GUD, Tel. 079 601 68 01

Elisabeth Schoch (FDP), Tel. 079 401 85 07

Walter Anken (SVP), Tel. 079 453 00 34

Julia Hofstetter (Grüne), Tel. 079 671 08 03

Martina Novak (GLP), Tel. 076 585 16 25



3/3

Beilage

- Kommissionsantrag
- Medienmitteilung der SVP-Fraktion